

WORKING CLASS

NEVER

MIND

THE

PAPERS!

**Kommt zum gewerkschaftlichen
Block auf der Demonstration!**

**31. Januar 2015
Landungsbrücken Hamburg
13 Uhr**

„Um uns selbst zu verteidigen und unsere Rechte zu erlangen müssen wir kämpfen (...) In der Gewerkschaft haben wir eine Partnerin gefunden, die die Ungerechtigkeit, die uns angetan wurde, realisiert und diesen Kampf mit uns zusammen führt (...). Wir hoffen, mit den Gewerkschaftsmitgliedern und der Arbeiterbewegung starke und bewusste PartnerInnen an unserer Seite zu haben. United we stand, divided we fall.“

(Aus dem Brief der Gruppe Lampedusa in Hamburg an ver.di, August 2013)

Im August 2013 sind 185 Mitglieder der Gruppe Lampedusa in Hamburg der Gewerkschaft ver.di beigetreten. Dies war in Zeiten eines offenen Konflikts in der Stadt und einer kontroversen Diskussion in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über den Umgang mit Geflüchteten in diesem Land ein starkes Signal, dass in den Gewerkschaften bis heute viele positive Diskussionen und Initiativen ausgelöst hat. In ver.di Hamburg selbst ließen allerdings auch die ablehnenden Reaktionen nicht lange auf sich warten. Die Mitgliedschaft von Menschen ohne Arbeitserlaubnis in ver.di wurde in Frage gestellt. ver.di sei keine Flüchtlingsorganisation, ver.di dürfe den betrieblichen Fokus nicht verlieren, und weitere Argumente mit ähnlicher Ausrichtung ließen sich vernehmen. Nein, ver.di ist keine Flüchtlingsorganisation und soll es auch nicht werden. ver.di ist eine Gewerkschaft, in ihr organisieren sich die Lohnabhängigen, um gemeinsam ihre Interessen durchzusetzen. Die Stärke einer Gewerkschaft ergibt sich aus der Organisation in den Betrieben, denn hier finden die Verteilungskämpfe statt. Aber muss das notwendigerweise eine Fixierung auf das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis beinhalten? Und bedeutet solch eine Fixierung nicht auch den bewussten Ausschluss von Lohnabhängigen? In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist dieser Abwehrreflex nichts Neues. Das Eintreten für die Interessen der eigenen Mitglieder hat immer wieder zu Ausschluss von Menschen geführt, die durch ihre soziale Lage gezwungen waren, für schlechtere Konditionen zu arbeiten und damit die gewerkschaftlich erkämpften Lohnniveaus zu unterlaufen. Früher waren das, heute undenkbar, vor allem Frauen und Ungelernte, denen die gewerkschaftliche Organisation verschlossen war. Es ist ratsam, aus der Geschichte zu lernen. Migrantinnen und Migranten sind, wie alle Lohnabhängigen, gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen um zu überleben, ob sie dazu eine offizielle Erlaubnis haben oder nicht. Das Recht auf legalen Zugang zum Arbeitsmarkt sollte kein Privileg von irgendwem sein, es sollte das Recht aller Menschen sein. Und in einer Welt, in der es ein massives Reichtumsgefälle gibt und Kriege ganze Regionen unbewohnbar machen, wird es weiter Migration geben. Davor die

Augen zu verschließen und dem Impuls der Abschottung zu folgen, ist demnach moralisch falsch und auch blind gegenüber der Realität.

Als Gewerkschaften sind wir Teil dieses Konflikts, ob wir wollen, oder nicht. Die Angst davor, eine Flüchtlingsorganisation zu werden, verdeutlicht die Grenze im Kopf. Die Grenze zwischen dem arbeitenden Gewerkschaftsmitglied und dem arbeitenden Flüchtling. Doch diese Grenze ist imaginär, es gibt sie nicht. In dieser Gesellschaft arbeiten wir Seite an Seite – jedoch unter sehr unterschiedlichen Bedingungen. Die Illegalisierung von Arbeitsverhältnissen führt zu Arbeit in äußerst prekären Verhältnissen und unter entrechteten Bedingungen. Menschen, die illegalisiert arbeiten, sind gezwungen, für niedrigste Löhne zu arbeiten und Arbeitsstandards zu unterlaufen, denn in diesem Land haben sie keine Rechte, die sie in Anspruch nehmen könnten. Dass sie dabei gewerkschaftlich erkämpfte Mindeststandards, wie den Mindestlohn, unterwandern und damit das allgemeine Lohnniveau drücken, ist weder ihre Schuld, noch in ihrem Interesse. Die Frage nach den Profiteur_innen dieser Verhältnisse ist wichtig, um gewerkschaftliche Antworten zu finden. Ganze Branchen kalkulieren mit diesen entrechteten Arbeitsverhältnissen. Von einem niedrigeren Lohnniveau profitieren allein die Arbeitgeber_innen, und die aufgezoogene Grenze zwischen uns und den Illegalisierten dient allein der Spaltung.

Wir sind nur so stark, wie diejenigen, die die schlechtesten Ausgangsbedingungen haben, denen die elementarsten Rechte vorenthalten werden. Wir brauchen gleiche Bedingungen, wie das grundsätzliche Recht auf freien Zugang zum Arbeitsmarkt, damit es den Unternehmern nicht gelingt, uns gegeneinander auszuspielen.

Wir sind alle Lohnabhängige, wir haben ein gemeinsames Interesse, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Unser Interesse ist das Recht auf ein gutes Leben und Arbeitsverhältnisse, die dies ermöglichen. Dieses gemeinsame Interesse ist Maxime für jede Gewerkschaft – working class never mind the papers!